

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Porsch, Schultz (Gau-Bischofsheim),
Dr. Imle und Genossen

betr. **Spandauer Kriegsverbrechergefängnis**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche diplomatischen Recherchen der Bundesregierung rechtfertigen ihre Annahme, daß erneute Schritte bei den vier Gewahrsamsmächten leider nicht erwarten ließen, daß die Regierung der UdSSR einer Freilassung von Rudolf Heß zustimmen wird?
2. Hat die Bundesregierung schon in direkten Verhandlungen mit der Regierung der UdSSR versucht, die Zustimmung der sowjetischen Regierung zur Freilassung von Rudolf Heß zu erreichen?
3. Wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft auch mit der sowjetischen Regierung über diese Frage zu verhandeln?
4. Ist es der Bundesregierung inzwischen gelungen, den Inhalt der Vereinbarungen der vier Gewahrsamsmächte über das Spandauer Gefängnis zu erfahren? Ist es danach richtig, daß das Gefängnis geschlossen werden muß, wenn einer der Gewahrsamsstaaten die Bewachung und die Zahlungen für das Gefängnis einstellt?
5. Wie hoch sind die Kosten für das Spandauer Gefängnis, die das Land Berlin als Teil der Bundesrepublik aufgrund einer Vereinbarung der vier Mächte untereinander jährlich zu tragen hat?

Bonn, den 1. Juli 1969

Unterschriften umseitig

Porsch
Schultz (Gau-Bischofsheim)
Dr. Imle
Dr. Achenbach
Dr. Bucher
Dorn
Ertl
Frau Funcke
Geldner
Graaff
Freiherr von Gemmingen
Dr. Haas
Jung
Kubitza
Freiherr von Kühlmann-Stumm
Logemann
Mertes
Opitz
Peters (Poppenbüll)
Ramms
Reichmann
Sander
Dr. Staratzke
Wächter
Walter
Zoglmann